



Gut

Ankommen

in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen

Kommunaler Fachtag

Integration vor Ort

Leipzig, 8. September 2016



Gut

Ankommen

in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen

Kommunaler Fachtag zur Integration vor Ort

Gut hundert Teilnehmende aus Verwaltungen und Politik, von freien Trägern und Initiativen tauschten Anfang September ihre Erfahrungen zur Integration von Geflüchteten aus. Veranstalter dieses Fachtages im Leipziger Grassmuseum waren die Heinrich-Böll-Länderstiftungen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Autorin: Rita A. Herrmann,
AKP – Fachzeitschrift für Alternative Kommunalpolitik,
www.akp-redaktion.de

Inhalt

Keynote Silke Albin: Von Notlösungen zu neuen Herausforderungen	4
Keynote Thomas Fabian: Gesicht zeigen	5
Den Alltag meistern: strukturelle Schwierigkeiten der Flüchtlingssozialarbeit (Workshop 4)	6
Aufgaben, Schnittstellen und Grenzen bei der Zusammenarbeit von Verwaltung und Ehrenamt (Diskussion)	7
Berufliche Integration von erwachsenen Geflüchteten (Workshop 1)	7
Berufliche Ausbildung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (Workshop 8)	8
Neue Wege der Verwaltung I – Querschnittsaufgabe Integration (Workshop 2)	9
Neue Wege der Verwaltung II - Interkulturelle Öffnung als Prozess (Workshop 7)	11
Wohnungsmarkt: Zuwanderung macht alte Probleme offensichtlich (Workshop 5)	13
Einwanderung als neue Chance für Kommunen im demografischen Wandel (Workshop 6)	13



Keynote Silke Albin: Von Notlösungen zu neuen Herausforderungen



Eröffnung: Dr. Silke Albin, Staatssekretärin im Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz

Im Land Thüringen führt das zuständige Ministerium „Migration“ nicht im Namen, sondern es steht sogar an erster Stelle. Dessen Staatssekretärin im Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz, Dr. Silke Albin (Grüne), steuerte die erste Keynote bei. Einleitend blickte sie auf die vergangenen zwei Jahre zurück: Zunächst habe die große Zahl der ankommenden Flüchtlinge die Behörden unvorbereitet getroffen und die gefundenen Notlösungen seien nicht immer menschenwürdig gewesen – immerhin sei man in Thüringen ohne Zelte ausgekommen. Nun geht es um eine integrationsfördernde Unterbringung: „Aus Notunterkünften müssen Wohnraum, Spiel- und Arbeitsflächen werden“, so Albin. Auch gelte es, die medizinische und (psycho-)soziale Betreuung auszubauen.

Die nächsten Handlungsbedarfe

Albin mahnte, bei den Integrationsbemühungen nicht nur anerkannte Flüchtlinge und Personen mit guter Bleibeperspektive im Blick zu haben: „Viele nicht Anerkannte werden bleiben – daran ändern Abschiebepbemühungen nichts.“ Den Geduldeten darf der Weg in die Gesellschaft nicht versperrt bleiben.

Auch wenn „Sprache – Bildung – Arbeit“ als Dreiklang verstanden wird, gehört nach Ansicht der Staatssekretärin das „allerwichtigste Instrument“, die Sprachförderung, „massiv in den Vordergrund“. Denn damit wird eine Erwerbstätigkeit der Geflüchteten überhaupt erst möglich.

Integration als Prozess – Interkulturalität als Lerneinheit

Die ersten Kontakte in einer Erstaufnahmeeinrichtung sind für Albin wichtig; bereits hier sollte es Integrationsangebote wie etwa Erstorientierungskurse geben. Das wirkliche Ankommen geschieht dann in den Kommunen, in einem möglichst stabilen Wohnumfeld. Dafür sind die Bedingungen aber höchst unterschiedlich – und finanzielle Mittel wichtig. Den Thüringer Städten, Kreisen und Gemeinden stellt das Land für diese Aufgabe ein 50-Millionen-Hilfspaket für zwei Jahre zur Verfügung.

Die Aufgabe von Kommunalpolitik und -verwaltung sei es, den Geflüchteten politische, soziale und kulturelle Teilhabe zu ermöglichen, Stichwort interkulturelle Sensibilisierung und Antidiskriminierung. Mangels Erfahrung besteht jedoch in Mitteldeutschland ein Nachholbedarf beim Thema Interkulturalität. Dort, wo die sogenannten „besorgten Bürger“ besonders viel Gehör bekommen, ist es für Albin die schwierigste Herausforderung, die positiven Effekte von Zuwanderung – demografisch, wirtschaftlich, menschlich – zu vermitteln: „Wenn das gelingt, wird das ein Gewinner-Thema.“

Keynote Thomas Fabian: Gesicht zeigen

Dass dies insbesondere von der Stadtspitze immer wieder kommuniziert werden muss, hob Prof. Dr. Thomas Fabian (SPD) in seiner Keynote hervor. So stehen seit 25 Jahren Leipziger Oberbürgermeister und DezernentInnen in der ersten Reihe, wenn gegen Fremdenfeindlichkeit demonstriert wird. Wo immer eine Unterkunft für Geflüchtete geplant ist, ist Fabian als zuständiger Beigeordneter für Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule der Stadt Leipzig vor Ort. Auf den Bürgerversammlungen „wird zumindest anerkannt, dass ich mich gestellt habe“. Er definiert aktives Kommunizieren als offen und ehrlich, zeitnah, es nimmt Fragen ernst, bezieht UnterstützerInnen ebenso ein wie die Nachbarschaft.

Bei der Unterbringung von Geflüchteten folgt die Stadt dem Prinzip, dass die Menschen so bald wie möglich in eine eigene Wohnung ziehen können, aber so lange in der Gemeinschaftsunterkunft bleiben, wie es individuell nötig ist. Fabian bemühte sich um einen differenzierten Blick: Direkt nach der Ankunft erleichtern Gemeinschaftsunterkünfte die Orientierung und Integration. Inklusion und Hilfe zu Selbsthilfe bedeuten aber, dass der Alltag außerhalb der Unterkünfte stattfindet, vom Arztbesuch angefangen bis zum Sprachkurs in der Volkshochschule.

Angesichts des stärkeren Zuzugs und des angespannten Leipziger Wohnungsmarktes sank der Anteil von Geflüchteten, die in einer eigenen Wohnung leben, von 65 auf 40 Prozent. Das soll sich wieder ändern; „Zwangs-WGs“ lehnte Fabian jedoch ab. Immerhin ist es mittlerweile gelungen, die Unterkünfte breiter auf das Stadtgebiet zu verteilen: „Das erleichtert die Diskussion mit den Bürgern.“ Manchmal halfen glückliche Umstände, wenn etwa in einem wohlhabenden Viertel der Altbau eines Altenpflegeheimes frei wurde. „Gut, wenn Kommunen eigenen Gesellschaften haben“, merkte der Beigeordnete hierzu an. Beispielsweise konnte auch der Eigenbetrieb Behindertenhilfe der Stadt mit einem leerstehenden Gebäude helfen. Sobald die Flüchtlinge in einer Gemeinschaftsunterkunft angekommen sind, gibt es in Leipzig ein gutes Miteinander „oder zumindest ein friedliches Nebeneinander“, so das Fazit Fabians.

In den Leipziger Unterkünften gibt es pro fünfzig Geflüchteten eineN SozialarbeiterIn. Diese Personen fungieren nicht nur als Berater und Helfer, sondern wirken auch nach außen: Für die Nachbarschaft sind sie das Gesicht, das man ansprechen kann.

Workshop 4

Den Alltag meistern: strukturelle Schwierigkeiten der Flüchtlingssozialarbeit



Workshop 4: Den Alltag meistern - Flüchtlingssozialarbeit und weitere Unterstützungsstrukturen, Claudia Jerzak & Margit Lehr (Evangelische Hochschule (ehs) Dresden)

Die Flüchtlingssozialarbeit kämpft in ihrem Alltag mit strukturellen Schwierigkeiten. Es fängt damit an, dass die Aufgabenbereiche nicht klar definiert sind und nach einzelnen Einrichtungen und Trägern stark variieren. Dann, so bestätigte eine Forschungsarbeit der Evangelischen Hochschule Dresden die Erfahrungen der PraktikerInnen, ist dieses Tätigkeitsfeld von Multiprofessionalität geprägt: viele Beschäftigte arbeiten fachfremd, häufig ohne pädagogische Ausbildung oder wurden wegen ihrer Sprach- oder „verwandter“ Kenntnisse eingestellt. Zudem übernehmen viele EhrenamtlerInnen zentrale Aufgaben. Das hilft einerseits, den hohen Bedarf besser zu decken, andererseits kann es professionelles Arbeiten und effiziente Arbeitsabläufe erschweren. Das unklare Wirkungsfeld birgt zudem die Gefahr, dass sich die HelferInnen überfordert fühlen.

Im Austausch unter den Teilnehmenden kristallisierte sich als gemeinsames Problem heraus, dass das Angebot an professioneller Rechtsberatung oder Anlaufstellen der dynamischen Entwicklung nicht hinterherkommt. Auch wenn viele neue Strukturen entstehen, gibt es immer noch nicht genug oder sie sind den Betroffenen nicht bekannt. Nur mit einem besseren Informationsfluss und interdisziplinärer Zusammenarbeit erreichen die vorhandenen Angebote auch die Menschen mit Fluchterfahrung. Bakri Haj Bakri, Sozialarbeiter in einer Leipziger Erstaufnahmeeinrichtung, kritisierte mit Nachdruck die durch gesetzliche Rahmenbedingungen erzwungenen Untätigkeit vieler geflüchteter Menschen: Das belastet alle Beteiligten, Betroffene wie Helfende.

Diskussion

Aufgaben, Schnittstellen und Grenzen bei der Zusammenarbeit von Verwaltung und Ehrenamt

Über die richtigen Schnittstellen zwischen Haupt- und Ehrenamt diskutierten Olaf Ebert (Geschäftsführer der Freiwilligenagentur Halle), Oliver Paulsen (Leiter des Dienstleistungszentrum Migration und Integration in Halle) und der sachsen-anhaltinische MdL Sebastian Striegel (Bündnis 90/Die Grünen). Nach der Euphorie und auch Hektik des Jahres 2015 hat sich allerorten eine langfristige Integrationsarbeit Freiwilliger mit Geflüchteten etabliert. „Es ist ganz klar, dass es die Kommunen nicht alleine schaffen, die Stadtgesellschaft gehört dazu“, sagte Oliver Paulsen. Zu klären sei jedoch, in welchen Bereichen das Ehrenamt gebraucht werde. Das Problem der Unterbringung hat die Stadt Halle beispielsweise alleine gelöst. Auch Olaf Ebert war der Meinung, dass gute Zusammenarbeit von Verwaltung und Ehrenamt vor allem „ein großes Maß an Klarheit“ darüber braucht, wer etwas tun kann oder nicht. In der Rechtsberatung etwa könne ein Laie großen Schaden anrichten. MdL Sebastian Striegel wollte den Staat nicht aus der Pflicht nehmen. Wenn etwa die ehrenamtlichen Integrationslotsen in Sachsen-Anhalt eine kleine Pauschale bekommen, sah er auch Risiken: Wo hört die staatliche Pflichtaufgabe auf? Und bringe das nicht eine „Prekarisierung vom Beschäftigungsverhältnissen“?

Workshop 1

Berufliche Integration von erwachsenen Geflüchteten

Direkte Ansprache – das brauchen sowohl die Geflüchteten als auch die Unternehmen, so lässt sich der Erfahrungsaustausch in diesem Workshop zusammenfassen. Die einen haben noch Sprachprobleme und lernen die hiesige Arbeitswelt erst kennen; ihnen würde eine Begleitstruktur helfen. Auf der anderen Seite fehlt es an Strategien, wie man Unternehmen ansprechen und unterstützen kann.

Die bestehenden Regelungen und das Aufeinandertreffen verschiedener Rechtssysteme – Ausländer-, Sozial-, Arbeitsrecht – erweisen sich als größter Hemmschuh einer beruflichen Integration. Chancen auf den Zugang zum Arbeitsmarkt haben vorrangig diejenigen, die ihre Qualifikationen nachweisen können. Zeugnisse sind auf der Flucht aber oftmals verloren gegangen. Bleibt also nur ein Job als Gabelstaplerfahrer?

Einen flexiblen Weg fand man in Hamburg. Hier werden, wenn die Papiere fehlen, Qualifikationen und Fähigkeiten mit Hilfe der Kammern im Rahmen praktischer Prüfungen ermittelt. Bei diesem Projekt „work and integration for refugees“ gelingt der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration die Zusammenarbeit von Agentur für Arbeit, Jobcenter, Flüchtlingsorganisationen, Kammern und Wirtschaftsverbänden. Geflüchtete werden in Arbeit, Ausbildung und Studium vermittelt.

Das Angebot richtet sich – wie die meisten – an Geflüchtete mit Bleibeperspektive. Wer aus sogenannten sicheren Herkunftsländern kommt oder nur geduldet ist, fällt meist durch das Raster neuer Programme. Das neue Integrationsgesetz von 2016 sieht für Geflüchtete ohne Bleibeperspektive nur in Einzelfällen eine Berufsausbildungsbeihilfe vor. Des Weiteren fehlen passgenaue Qualifizierungsangebote für Frauen sowie für Geflüchtete über 35 Jahren. Offen ist ferner, wie sich Unterstützungsangebote wie das Hamburger Beispiel in die Fläche bringen lassen.



Workshop 1: Berufliche Integration von erwachsenen Geflüchteten – best practices in Kommunen und Städten u.a. mit Petra Lotzkat (Leiterin Amt für Arbeit und Integration bei der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration in Hamburg), Christiane Götze (Institut für Berufsbildung und Sozialmanagement, Erfurt), Aatefa Ghafaria (IHK Flüchtlingskoordinatorin, Südthüringen)

Workshop 8 Berufliche Ausbildung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen

Im Bereich Bildungsangebote und Arbeitsmarktzugang für junge MigrantInnen entstanden dagegen in den letzten zwei Jahren schon viele Projekte und Instrumente. Der Schlüssel hierzu ist die Sprache, doch die Möglichkeiten des Spracherwerbs sind nach wie vor unzureichend. Das kann das Ehrenamt nicht abfedern, sondern dafür werden dringend mehr Lehrkräfte für Deutsch als Fremdsprache benötigt, betonten die Teilnehmenden dieses Workshops.

Etwa fünf bis acht Prozent der ankommenden Geflüchteten in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sind unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF). Für sie, die ein Anrecht auf Schulbildung haben, gibt es zumindest hinreichend Ausbildungsangebote, konstatierte man im Workshop. Sehr viel schlechter steht es um die Bildungsmöglichkeiten der bereits Volljährigen. Eine Ausnahme macht das Projekt Loop der Stiftung Evangelische Jugendhilfe, das 17- bis 25-jährige MigrantInnen in speziellen Förderklassen beim Erwerb eines Haupt- oder Realschulabschlusses und der Berufsorientierung hilft – leider ist es nur auf Halle und eine kleine Teilnehmerzahl begrenzt.

Damit solche guten und erprobten Ansätze wachsen und auch andernorts entstehen können, müssen sich gerade in den Flächenländern Strukturen etablieren, die AkteurInnen, Nachfragende und Anbieter zusammenbringen und – nicht zuletzt: räumliche – Barrieren abbauen. Doch gerade im ländlichen Raum sind die Beratungsstellen derzeit unterbesetzt.



Workshop 8: Berufliche Ausbildung von jungen Flüchtlingen: Die kommunale Bildungschance
Manuela Diegmann (Projekt LOOP der Stiftung Evangelische Jugendhilfe Sankt Johannis, Halle)

Workshop 2

Neue Wege der Verwaltung I – Querschnittsaufgabe Integration

Der starke Zuzug von Geflüchteten im letzten Jahr brachte auch Verwaltungen an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit – mehr noch: vielfach wurde offensichtlich, dass die vorhandenen Strukturen für diese Aufgabe nicht passten. An Beispielen mangelte es im Workshop 2 nicht, etwa das der Verwaltungsangestellten, die „mindestens vier Mal am Tag an Verordnungen vorbei Dinge tut, die etwas Gutes bewirken“. Für Alfred Roos von der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Brandenburg haben Verwaltungen eine Flexibilität gezeigt, die man ihnen nie zugetraut hätte, und Strukturen entwickelt, die an klassischen Hierarchien vorbei gehen.

Beispiel Dienstleistungszentrum Migration und Integration in Halle

Ein Beispiel dafür ist das Dienstleistungszentrum Migration und Integration (DLZMI) in Halle. Als es vor einem Jahr gegründet wurde, stand die Suche nach Wohnungen im Vordergrund; die Stadt wollte „auf Biegen und Brechen Zelte und Turnhallen als Unterkünfte vermeiden“, erklärte dessen Leiter Oliver Paulsen. Heute hat man mehr Luft und kümmert sich verstärkt um die Integration. So nutzt das „Team Umzugs- und Betreuungsmanagement“ den beim Umzug entstandenen guten Zugang zu den Geflüchteten, um ihnen Betreuungs- und Beratungsangebote zu vermitteln. Das zweite, von der Integrationsbeauftragten geleitete Team trägt den Namen „Migration und Integration“. Es koordiniert Spenden sowie ehrenamtliche Hilfe und betreut das örtliche Netzwerk. Eine regelmäßig aktualisierte Übersicht informiert auf willkommen-in-halle.de zum Beispiel



Workshop 2: Neue Wege der Verwaltung I: strukturelle und organisatorische best practices für die Querschnittsaufgabe Integration; zu sehen sind (v. l. n. r.) Alfred Roos (Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Brandenburg, Potsdam) und Oliver Paulsen (Leiter Dienstleistungszentrum Integration, Stadt Halle)

darüber, wo man wie helfen kann. Schließlich kümmert sich das Dienstleistungszentrum auch um das Controlling und die Abrechnung mit dem Land; in Halle gibt es auch eine Erstaufnahmeeinrichtung.

Wenn solch eine neue Stabsstelle Steuerungsfunktionen übernimmt, entstehen naturgemäß anfangs Reibungsverluste. So freute man sich zwar im Hallenser Rathaus, dass die KollegInnen vom Dienstleistungszentrum einiges des überbordenden Arbeitsvolumens auffangen konnten, gleichwohl „menschelte“ es, mussten Zuständigkeiten definiert und Grenzen gezogen werden. Das hat seine Zeit gebraucht, sagte Paulsen, doch jetzt kennt jeder seinen Bereich und das Dienstleistungszentrum hat sich etabliert.

Auch im Salzlandkreis in Sachsen-Anhalt wurde frühzeitig eine Stabsstelle für die Unterbringung von Geflüchteten geschaffen. Hilfreich im Alltag war dort ganz profan, dass die drei für Ausländerrecht, Leistungen und Unterbringung zuständigen Fachdienste in einem Bereich untergebracht wurden. „Man sieht sich auf dem Flur“, beschrieb eine Vertreterin des Landkreises diesen kurzen Dienstweg.

Entscheidend ist die Einstellung der Verwaltungsspitze

Beim Erfahrungsaustausch wurden auch die Erschwernisse für die Querschnittsaufgabe Integration deutlich: Dreh- und Angelpunkt ist die Einstellung der Verwaltungsspitze. Egal, ob es um die Willkommenskultur, die Abläufe im Haus oder die Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen geht – die Haltung des Landrates, der Bürgermeisterin und der DezernentInnen entscheidet darüber, ob etwas vorangebracht oder blockiert wird. Paulsen: „Wenn die Spitze eine Ansage macht, wird das gut, durchgesteuert“. In den Rat- und Kreishäusern, in denen man sich früher schon beraten ließ, holt man sich auch heute

Hilfe zum Thema Integration oder interkulturelle Öffnung der Verwaltung, etwa bei den Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie oder dem Bundesprogramm „Willkommen bei Freunden“.

Beklagt wurden zudem die unübersichtlichen Strukturen: „Die heißen ja alle Flüchtlinge“ seufzte eine Teilnehmerin, die in einem Jobcenter arbeitet. Welchen Status die einzelnen Geflüchteten haben, welche Behörde für was zuständig ist, welche Richtlinien einzuhalten sind und wo es wofür Fördermittel gibt – dieser Wirrwarr erschwert nicht nur den Hauptamtlichen die Arbeit, sondern ist gerade für die ehrenamtlichen HelferInnen schwer zu durchschauen und zu verstehen. Dass aus diesem Abstimmungs- und Beratungsbedarf Koordinationsstellen entstehen, wollte Alfred Roos von der RAA Brandenburg nicht pauschal als „Koordinatoritis“ abtun. Solche Stellen seien wichtig, aber undankbar – weil deren Arbeit für Außenstehende unsichtbar ist.

Einer spannende Frage blieb indes offen: In den Verwaltungen und von den Ehrenamtlichen wurde im letzten Jahr einiges geleistet, und das auf unkonventionelle Weise: Wie gehen Kommunen und Bürgerschaft mit dieser neuen Erfahrung um, was lernen sie langfristig daraus?

Workshop 7

Neue Wege der Verwaltung II - Interkulturelle Öffnung als Prozess

„Dass sie sich interkulturell öffnen müssen“, war eine Antwort auf die am Vormittag gestellte Frage, mit der sich dezidiert ein Workshop am Nachmittag befasste. Dafür gibt es bereits ein breites Weiterbildungsangebot, vom Tagesseminar bis zu mehrtägigen In-house-Schulungen. Praxisberichte aus interkulturellen Trainings in Rat- und Kreishäusern machten die Mühen der Ebenen deutlich. Es fängt damit an, dass die Auftraggeber am liebsten nur einen halben Tag investieren wollen und hinterher mit einer Checkliste „Wie ist die Muslima an sich?“ arbeiten würden. Bevor überhaupt Offenheit für Diversität vermitteln werden kann, beginnt ein typisches Tagesseminar mit dem Abbau von Vorurteile und der Vermittlung von kaum vorhandenem Grundlagenwissen über Flucht und Herkunftsländer. Gerade weibliche Beschäftigte befürchten, dass dominante muslimische Männer Frauen nicht ernst nehmen – „ganz im Gegenteil zu deutschen Männern“ ergänzte eine Workshop-Teilnehmerin trocken und entlarvte damit ein rassistisches Stereotyp.

Auch für solche Schulungen gilt, dass die Leitungsebene hinter der interkulturellen Öffnung stehen muss, damit daraus auch ein nachhaltiger Prozess wird – mit einmal im Seminar sitzen ist es nicht getan. Zur Willkommenskultur gehört dann auch, dass es beispielsweise einen „Willkommensordner“ wie in Leipzig oder Dresden gibt. Dafür haben verschiedenste Institutionen die wichtigsten Informationen und Adressen für Geflüchtete zusammengetragen – dass man sich behördenübergreifend dafür abstimmen musste, wertete Lisa Bendiek vom Referat für Migration und Integration der Stadt Leipzig als großen Erfolg.

In den ostdeutschen Bundesländern kommt als Herausforderung für den Behördenalltag hinzu, dass das man hier vergleichsweise wenig Erfahrung im Umgang mit MigrantInnen hat und die älteren Beschäftigten eben Russisch und nicht Englisch in der Schule gelernt haben. Zwei Vorschläge aus dem Workshop setzten beim Nachwuchs an: Auszubildende sollten ein Pflichtpraktikum bei einer MigrantInnen-Organisation machen und angehende Verwaltungsfachwirte für ein Semester ins Ausland gehen.



Workshop 7: Neue Wege der Verwaltung II: Interkulturelle Öffnung
u.a. mit Marcel Krumbolz (Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt (AGSA))

Nicht alle Konflikte sind interkulturell

Gibt es eine Auseinandersetzung mit Geflüchteten, liegt der Grund dafür nicht zwangsläufig in der Kultur der Kundschaft. Auslöser eines Konfliktes kann beispielsweise sein, dass einer Person bestimmte Leistungen nicht gewährt werden. Dann handelt es sich nicht um einen interkulturellen, sondern um einen Leistungskonflikt, bemühte man sich im Workshop um Differenzierung. Konfliktpotenzial steckt nicht zuletzt in der komplexen Gesetzeslage und den unterschiedlichen Chancen im Asylverfahren: Wenn Afghanen gegen eine vermeintliche Vorzugsbehandlung der Syrer vor dem Rathaus protestieren, werden auf der operativen Ebene Konflikte ausgetragen, für die eine andere Ebene verantwortlich ist.

Hinein in die Behörde

Bis man wie in der Stadt Leipzig eine Kampagne für Auszubildende mit Migrationshintergrund startet oder wie im Salzlandkreis perspektivisch über eine „Internationalisierung“ der Verwaltung nachdenkt, ist es vielerorts noch ein weiter Weg. Neue Lerneffekte treten ein, wenn im Nachbarbüro Kollegen aus Jordanien oder Ägypten angefangen haben, die gleichzeitig noch Klienten der Ausländerbehörde sind. Marcel Krumbolz von der Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt setzt auf den Austausch durch das tägliche miteinander Arbeiten: „Wenn jemand erst mal in der Verwaltung ist, gehört er dazu.“

Workshop 5

Wohnungsmarkt: Zuwanderung macht alte Probleme offensichtlich

Zuwanderung verstärkt die Nachfrage nach Wohnraum und fungiert so als Katalysator alt bekannter Probleme: Es gibt zu wenig sozialen Wohnungsbau. Vor allem in den Städten wird bezahlbarer Wohnraum knapp, mit einer Wohnsitzauflage für Geflüchtete soll nun diese Gruppe „gesteuert“ werden. Politische Steuerung ist sehr wohl nötig, befand man im Workshop, bei den Kosten der Unterkunft, bei der Ausstattung der Kommunen, in der Wohnbauförderung. Aber eine bezahlbare Miete brauchen viele, nicht nur Geflüchtete. Daher sollte dieses Problem nicht auf eine Gruppe segmentiert betrachtet werden – wir alle müssen wieder mehr über Wohnungspolitik reden, so das Fazit dieser Runde.

Workshop 6

Einwanderung als neue Chance für Kommunen im demografischen Wandel

Einleitend verglich in diesem Workshop Michael Slupina vom Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung die Integrationspotenziale in ländlichen Räumen mit denen der Städte. Auch wenn es gute Beispiele wie interkulturelle Projekte in kleineren Städten gibt, gestalten sich diese Bemühungen im ländlichen Raum schwieriger, da dieser meist auch ein strukturschwacher Raum ist, mit weniger Infrastruktur und geringeren Arbeitsmarktchancen. In Ballungsräume hingegen finden Geflüchtete Unterstützung aus der eigenen Community und mehr Akzeptanz bei der Bevölkerung.

Bürgermeister Danny Cavalier hofft dennoch auf Geflüchtete als Chance für seine Stadt. Hettstedt liegt in einer strukturschwachen Region und kämpft mit starker Abwanderung – dagegen stemmt er sich mit dem Anwerben von Flüchtlingen. Unterstützung kommt von den Vereinen. Fußball ist dann nicht nur ein Zeitvertreib, sondern auch eine Gelegenheit, Deutsch zu lernen. Dennoch ziehen viele Geflüchtete nach der Anerkennung ihres Status' wieder weg. Das verwunderte die DiskussionsteilnehmerInnen nicht: Flüchtlinge sollten nicht als Lösung für Probleme in Dörfern gesehen werden; sie haben eigene Vorstellungen von Leben. Man sollte ihnen nicht die eigene Entscheidung darüber absprechen, wo sie leben möchten.